

Editorial

Mit voller Wucht führten die ersten Amtswochen des 47. US-Präsidenten Donald Trump der Weltöffentlichkeit vor Augen, was nicht erst seit dieser Zeit zur Realität unserer Gesellschaftsordnung gehört: Mit Gewalt und Zerstörungskraft werden die Lebensgrundlagen von Menschen, Natur, des gesamten Planeten angegriffen. Trump machte aber innerhalb kürzester Zeit klar, dass er in seiner zweiten Amtszeit nicht nur alles daransetzen wird, diesen Demolierungskurs mitzutragen, sondern dass er ihn auf verschiedene Lebensbereiche ausweiten und noch aggressiver führen wird als zuvor.

Grenzen sollen dicht gemacht und rassistische Verhältnisse zementiert werden: Mit diesem Ziel liess Trump das Militär an die US-Südgrenze entsenden, rief dort den Notstand aus und veranlasste landesweit massenhafte Deportationen migrantischer Menschen. Staatsbürgerliche Rechte sollen ausgehöhlt werden: Mit einem Erlass will Trump verhindern, dass in den USA geborene Kinder das Staatsbürger:innenrecht erhalten. Die unterdrückerische Brutalität gegenüber nicht weissen Menschen und ihre Vertreibung soll auch ausserhalb der Landesgrenzen anvisiert und die postkoloniale Herrschaft der USA vorangetrieben werden. Vor Journalist:innen äuserte Trump die Überlegung, Palästinenser:innen aus dem mittlerweile weitgehend zerstörten Gazastreifen nach Ägypten oder Jordanien zu vertreiben und das Gebiet «einfach gründlich» zu «säubern».

Auch die Zerstörung der Natur soll beschleunigt werden. Trump rief den nationalen Energienotstand aus, um die Förderung fossiler Brennstoffe auszuweiten und will den Status von Schutzzonen in Alaska wieder aufheben. Als bekennender Klimaleugner vereitelt er zudem den zwar unzureichenden, aber bislang zumindest intakten internationalen Klimaschutz, indem er das Pariser Klimaabkommen erneut aufzukündigen drohte.

Sexismus sowie Trans- und Homophobie sollen nicht gestoppt werden, sondern im Gegenteil wieder zur Hochkonjunktur auflaufen. Trump selbst und die Minister:innen seines Kabinetts stechen durch ihre antifeministische, trans- und homophobe sowie rassistische Politik und ihre ausgeprägte

Law-and-Order-Haltung hervor. Wenig überraschend, dass Trump zudem vorsieht, Abteilungen zur Förderung von Gleichstellung in Bundesämtern zu verbieten, geschlechtsangleichende Behandlungen bei Minderjährigen einzuschränken und wieder zur binären Geschlechterordnung zurückzukehren.

Und schliesslich lässt Trumps politisches Handeln bereits jetzt keinen Zweifel darüber offen, dass rechtsradikale Kräfte unter seiner Führung in Zukunft vehement an Auftrieb gewinnen sollen: Als eine seiner ersten Amtshandlungen nahm Trump die Begnadigung von etwa 1600 beschuldigten und bereits verurteilten Capitol-Stürmer:innen vor.

Kurzum: Trump versuchte mit aller Kraft, die ersten Wochen seines Amtsantrittes als beispiellosen Zerstörungswettkampf buchstäblich in die Geschichte einzubrennen. Und dennoch wäre es verfehlt, all dies einfach als individuelle politische Agenda eines Grössenwahnsinnigen abzutun – wie es etwa in medialen Berichterstattungen, Kommentarspalten sowie in öffentlichen Debatten immer wieder geschieht und wie es die Demokrat:innen in den USA begleitet von einem süffisanten Lächeln vollziehen.

Denn erstens darf die entscheidende Tatsache nicht ausgespart werden, dass das schaurige Spektakel nicht nur von Trumps politischen Gefolgsleuten unterstützt wurde, sondern auch die globale Wirtschaftselite bereitwillig ihren Teil dazu beisteuerte, diesen Auftakt zum Verwüstungslauf mit Pauken und Trompeten über die Bühne zu bringen. So wurde etwa der Tech-Milliardär Elon Musk Anfang Februar dieses Jahres vom politischen Berater Trumps zum «besonderen Regierungsangestellten» befördert und offiziell damit beauftragt, die Senkung der Staatsausgaben zu realisieren. Zwar hat Musk sich damit durchaus eine besondere politische Machtposition gesichert, er ist aber bei Weitem nicht der einzige Milliardär, der seine Profitinteressen in Einklang mit der neuen, rechtsradikalen US-Regierung zu bringen versucht.

Auch der Meta-Chef Mark Zuckerberg, der Amazon-Chef Jeff Bezos sowie der Apple-CEO Tim Cook und der Google-CEO Sundar Pichai wohnten gutgelaunt den Feierlichkeiten zur Vereidigung und Amtseinführung von Trump bei, um ihre Verbundenheit mit der neuen Regierung gebührend zu zelebrieren und drohende Einschränkungen ihrer ökonomischen Macht beim zeremoniellen Zuprosten aus dem Weg zu räumen.

Insofern gilt es zweitens festzuhalten, dass diese Ereignisse der ersten Amtswochen Trumps weder als einzelne politische Momente nebeneinandergestellt werden sollten noch isoliert voneinander zu betrachten sind. Vielmehr sind sie tief verwurzelt in unserer gesellschaftlichen Organisation

des Zusammenlebens sowie Arbeitens und in unserer Gesellschaftsordnung. Sie sind deshalb nur in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang analytisch zu fassen, zu verstehen und zu bekämpfen.

Denn im Grunde führen sie bloss ein Bruchstück – aber eben auch in geballter Form – jener Brutalität vor Augen, die jenseits der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung und des Scheinwerferlichts tagtäglich auf Menschen und Natur trifft. Sie legen Zeugnis ab von einer zutiefst zerrütteten Gesellschaftsordnung und einer desaströsen Wirtschaftsweise. Wie es etwa die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser in ihrem gleichnamigen Buch auf den Punkt bringt: Der kapitalistische Allesfresser – oder im Original: «cannibal capitalism» – wird langfristig seine eigenen sozialen und natürlichen Grundlagen zerstören. In dieser Abwärtsspirale zeigt sich der Kapitalismus nimmersatt gegenüber rassistischer Unterdrückung, verschlingt ungehemmt jegliche ökologischen Ressourcen, zehrt an den Bedingungen der sozialen Reproduktion und weidet die Demokratie aus.

Wir befinden uns in einer historischen Phase des Kapitalismus, in der dieser Allesfresser nahezu ungehemmt Menschen und Natur enteignet, unterdrückt und überausbeutet. Nicht nur der Blick auf die ersten Amtswochen Trumps lassen Befürchtungen darüber aufkommen, dass sich eine autoritäre Form des Kapitalismus durchzusetzen beginnt. Uns wurde aber innerhalb kürzester Zeit mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass die Etablierung eines autoritären Kapitalismus eine ernstzunehmende Gefahr darstellt. Und wir beobachten auch, dass solche Tendenzen sich nicht nur in den USA abzeichnen, sondern auch in mehreren Ländern Europas. So vollzog etwa Friedrich Merz in der letzten Januarwoche dieses Jahres in Deutschland, was in anderen Regierungen Europas bereits auf der Tagesordnung steht: Auf seine Initiative hin spannten CDU und CSU mit der faschistischen Partei AfD zusammen, um die Mehrheit für seinen umstrittenen «5-Punkte-Plan» zu gewinnen. Diesem «historischen Tag», an dem viele Politiker:innen und Bürger:innen die «Brandmauer» fallen sahen, folgte eine Protestwelle gegen den Rechtskurs in mehreren deutschen Städten, bei der allein in Berlin laut Veranstalter 250 000 Menschen teilnahmen.

Auf diese Entwicklungen mit Empörung zu reagieren, ist mehr als berechtigt. Aber mit Empörung allein ist einem gesellschaftspolitischen Richtungswechsel nicht beizukommen, ohne emanzipatorische Praxis und gesellschaftskritische Grundlage verpufft ihre Wirkung in den Strassen der Städte, auf den Feldern der Bäuerinnen und Bauern, an den Arbeitsplätzen und in den Wohnräumen der Arbeiter:innen, in Gefängnissen und Kerkern, in den Hallen der Bibliotheken oder in den Social-Media-Kanälen.

Um einen Ausweg aus diesem düsteren Zukunftsszenario zu finden, ist es unumgänglich, einen gesellschaftskritischen Blick auf historische und aktuelle Entwicklungen zu werfen und emanzipatorische Praxis in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Arbeitens voranzutreiben. Dazu steht uns ein reichhaltiges und wertvolles Repertoire an traditionsreichen, weiterentwickelten oder neuinterpretierten, zusammengeführten oder neu entwickelten gesellschaftstheoretischen Ansätzen zur Verfügung. Entsprechende Analysen bearbeiten dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln, auf der Grundlage verschiedener heuristischer Prinzipien und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung gesellschaftsrelevante Aspekte des Zusammenlebens von Menschen und Natur. Sie geben uns das analytische Rüstzeug an die Hand, um vergangene sowie aktuelle krisenhafte Entwicklungen und verschiedene Facetten unseres Zusammenlebens als ein gesamtgesellschaftliches Ganzes begreifen und einordnen zu können. Als von Menschen gemachtes und daher auch durch Menschen veränderbares Ganzes. Solche Kritik entwickelt mehr Kraft als ein blosses «Wir mögen dies oder jenes nicht», sie ist die Voraussetzung für emanzipatorische Schritte in eine bessere Zukunft.

Dieses Heft widmet sich diversen gesellschaftstheoretischen Perspektiven: Autor:innen beschäftigen sich mit feministischen Interventionen und diskutieren antirassistische bzw. nationalismuskritische emanzipatorische Politik sowie intersektionale Perspektiven. Sie machen Vergesellschaftung zum Thema, setzen sich mit marxistischer Gesellschaftskritik sowie Machtkritik auseinander und entwickeln politische Perspektiven in Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise. Sie fragen aber auch danach, welche Bedeutung Ideologie und Repression im gesellschaftlichen Zusammenleben einnehmen und wie die Psychoanalyse darin zu verorten ist.

Wie wir wissen, reicht es aber nicht aus, die Welt zu interpretieren, es kommt darauf an, sie zu verändern. Oder anders formuliert: Gesellschaftstheorien verkommen ohne entsprechend gelebte emanzipatorische Politik zu leeren Worthülsen. Und sie entwickeln ohnehin erst dann eine schlagende politische Stärke, wenn sie sich im Zusammenspiel mit Kämpfen bilden oder in diese intervenieren. Denn die Welt als gesamtgesellschaftliches Ganzes zu begreifen, bedeutet eben auch, den in verschiedenen Formen anzutreffenden Enteignungs- sowie Unterdrückungsversuchen und Ausbeutungspraktiken entschieden entgegenzutreten, sie solidarisch zu bekämpfen, aber auch liebevolle emanzipatorische Politik zu leben. Emanzipatorische Politik muss also nicht immer geräuschvoll sein, es ist nicht minder wichtig, sie im Alltag zu leben. Diesem Credo folgend, widmet sich dieses

Heft auch politischen und sozialen Kämpfen abseits des Scheinwerferlichts. Auch sie lehren uns, gesellschaftskritische Betrachtungen weiter zu schärfen.

Gesellschaftskritik und daran anschließende hoffnungsvolle Vorstellungen auf eine bessere Zukunft werden von der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder marginalisiert – den ungleichen Machtverhältnissen Widerstand entgegenzusetzen, wird in krisenhaften Zeiten nicht einfacher. Das haben vor uns schon andere erfahren, die für ein besseres Leben gekämpft haben. Zu ernst ist die aktuelle Lage, als dass es sich linke Kräfte noch leisten könnten, sie schulterzuckend wegzulächeln, mit zynischer Bemerkung beiseitezuschieben oder stillschweigend auszusitzen. Es bleibt wertvoll, kritisches Wissen sichtbar zu machen und emanzipatorische Praktiken zu leben. Und letztlich sehen wir uns nicht nur, aber gerade heute in der Verantwortung, bereits etablierte Formen und neue Möglichkeiten emanzipierter Solidarität und emanzipatorischer Politik voranzutreiben.

In eigener Sache

Nach einer Pause im Herbst 2024 freuen wir uns, dass der Widerspruch nun wieder wie gewohnt erscheinen wird. Die Pause benötigten wir für Veränderungen in der Redaktions- und Produktionsstruktur. Nach Jahren solidarischer Zusammenarbeit wechseln wir vom Rotpunktverlag zum Verlag edition8. Dies ermöglicht uns, die gesamte Produktion näher an die Redaktion heranzuführen. Eine weitere Neuerung ist die Umstrukturierung der Redaktionsarbeit: Die bezahlte 20-Prozent-Redaktionsstelle fällt weg, die diversen Arbeiten werden nun von der Redaktionsgruppe erledigt. Wir versprechen uns davon neuen Schwung für das Projekt Widerspruch, eine Aufteilung der Verantwortlichkeiten und eine Stabilisierung unserer prekären finanziellen Situation. Möglich ist das, weil neue Redaktionsmitglieder hinzugestossen sind und wir auf die ehrenamtliche Unterstützung von «Externen» zählen dürfen. Erstere arbeiten im laufenden Redaktionsprozess mit und sind unter anderem zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising sowie die Abonnent:innenadministration. Letztere unterstützen uns verdankenswerterweise mit der Textkorrektur und der Buchhaltung. Damit – und mit einer Abonnent:innenkampagne – startet der Widerspruch mit Zuversicht in eine Zeit, in der verschiedene kritische linke Positionen und Solidarität gegen stärker werdende rechte Tendenzen unabdingbar sind.